

**Studie zum Seniorenwohnen dem  
Stadtrat vorstellen**

Antrag Nr. 08-14 / A 04458 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL  
vom 16.07.2013

**Wohnen im Alter - Konzepte und Leistungen in  
bedarfsgerechten und zeitgemäßen Wohnformen  
in München**

Produkt 60 5.4.2 Förderung von Bildung, Aktivitäten  
und Engagement behinderter und älterer Menschen

Stadtratsziel 2015 – Nr. S13 Selbständigkeit bei  
Älteren erhalten/Hochbetagte unterstützen

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00993**

2 Anlagen

**Beschluss des Sozialausschusses vom 18.09.2014 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**  
**Zusammenfassung**

Um den Herausforderungen der demographischen Entwicklung in München zu begegnen, ist das gesamte Spektrum Wohnen im Alter mit Konzepten und Leistungen zu aktualisieren und dem Bedarf an zeitgemäßen Wohnformen in München anzupassen. In einen Gesamtplan sind alle Maßnahmen und Hilfsangebote zum Verbleib in der eigenen Häuslichkeit aufzunehmen und bestehende Wohnprojekte wie z. B. Gemeinschaftliches Wohnen, Versorgung im Viertel, Wohnen im Viertel, Integriertes Wohnen und/oder Mehrgenerationenwohnen zusammen mit anderen innovativen Wohnformen weiterzuentwickeln. Die in der Studie „Wohnen der Altersgruppe 65plus“ des Pestel Instituts dargestellte Situation der demographischen Entwicklung bietet eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung der Wohn- und Versorgungsangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren. Im Sozialreferat wird zur Erarbeitung und Steuerung gezielter Maßnahmen im Produkt "60 5.4.2 - Förderung von Bildung, Aktivitäten und Engagement behinderter und älterer Menschen" die Produktleistung „Hilfen zum barrierefreien Leben“ zu „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ ausgebaut.

### **Zeitgemäße Wohnformen im Alter**

Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL stellte am 16.07.2013 den Antrag "Studie zum Seniorenwohnen dem Stadtrat vorstellen" (Anlage 1) mit dem das Sozialreferat beauftragt wird, die Studie „Wohnen der Altersgruppe 65plus“ des Pestel Instituts in München vorzustellen. Zudem sollen auf der Basis der Ergebnisse die Konsequenzen für die Landeshauptstadt München abgeleitet und Möglichkeiten erarbeitet werden, wie die Zahl der seniorengerechten Wohnungen in den kommenden Jahren in München angehoben werden kann.

Das Sozialreferat hat die demographische Entwicklung und den gesellschaftlichen Wandel bereits in vielen richtungsweisenden Beschlussvorlagen aufgezeigt und entsprechende Maßnahmen veranlasst. Insbesondere für ältere Menschen hat die Wohnung eine prägende Bedeutung für die Lebenssituation. Konzepte und Leistungen in bedarfsgerechten und zeitgemäßen Wohnformen in München konnten im Sozialreferat bisher nur im Zusammenhang mit Pflege oder der Vergabe von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau mit gesteuert werden. Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Verbindung mit geeigneten Angeboten der Teilhabe an der Gemeinschaft, Aktivierung, Versorgung, Betreuung und Pflege ist für ältere Menschen gestiegen. Um dieser Anforderung in München besser gerecht zu werden, ist es notwendig, im Sozialreferat eine Bestandsanalyse und Bedarfsfeststellung durchzuführen und ein Konzept für zeitgemäße Wohnformen Älterer zu erarbeiten.

Ziele sind zum einen den Verbleib in der eigenen Wohnung so lange wie möglich sicherzustellen und zum anderen eine ausreichende Anzahl bezahlbarer, geeigneter Wohnungen bei (Siedlungs-) Neubaumaßnahmen oder Sanierungen im Münchner Wohnungsbestand in entsprechendem Umfang einzuplanen. Konzepte für bestehende Wohnprojekte müssen weiterentwickelt und neue Wohnformen konzeptionell erarbeitet werden. Für die konsequente Verfolgung dieser Ziele, ist es erforderlich, im Amt für Soziale Sicherung/Kommunale Altenhilfe, in der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ die bisherigen zwei Personalstellen, die für „Versorgung im Viertel“ eingesetzt sind, zu erweitern und den Zuschuss an freie Träger für Wohnprojekte und Wohnungsanpassung/Wohnberatung aufzustocken.

#### **1. Wichtigste Zahlen und Aussagen aus der Pestel-Studie**

Die Studie „Wohnen der Altersgruppe 65plus“ des Pestel Instituts vom Juni 2013 (Pestel Studie, Anlage 2) wurde vom Verbändebündnis „Wohnen 65PLUS“ in Auftrag gegeben. Die Zahlen und Ergebnisse beziehen sich auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Im Wesentlichen befasst sich diese Studie mit bisherigen und zu erwartenden Entwicklungen zu

- demographischen Strukturen,
- Wohnsituation der Altersgruppe 65 plus,
- Einkommenssituation und Wohnkosten,
- Pflegestrukturen.

Sie zeigt hierzu Ausblicke auf die zu erwartende Entwicklung auf und gibt Handlungsempfehlungen. Die Situation für München ist analog in Punkt 2 ff. beschrieben.

### **1.1 Demographische Entwicklung**

In Deutschland ist die Zahl der 65-Jährigen und Älteren von gut 12 Mio. Personen im Jahr 1991 auf insgesamt knapp 16,6 Mio. im Jahr 2011 angestiegen.

Die höchste Dynamik zeigt sich dabei bei den 85-Jährigen und Älteren. Dieser Personenkreis ist in den letzten 20 Jahren von 1,18 Mio. Menschen auf knapp 2 Mio. angestiegen (Pestel Studie S. 2, Anlage 2).

Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren liegt derzeit bei 21 % der Gesamtbevölkerung, mit einem prognostizierten Anstieg auf über 30 % in den 2030er Jahren (Pestel Studie S. 15, Anlage 2). Der Altenquotient<sup>1</sup> liegt im Bundesdurchschnitt derzeit bei 34 mit einem prognostizierten Anstieg auf 59 bis zum Jahr 2035, in Bayern aktuell bei 32 mit einem voraussichtlichen Anstieg auf 54 (Pestel Studie S. 18, Tabelle 2, Anlage 2).

Für künftige Entwicklungen gilt, dass neben einer steigenden Anzahl von älteren Migrantinnen und Migranten, sowie den Zuwächsen bei der Altersgruppe 65plus zahlenmäßige Einbußen bei der Erwerbsbevölkerung und bei Kindern gegenüberstehen werden.

### **1.2 Wohnsituation der Altersgruppe 65 plus**

Von allen Haushalten in Deutschland wohnen nur 17,3 % in Gebäuden, die erst 1991 oder später errichtet wurden, bei den Seniorenhaushalten sind es 13,2 %. Somit bewohnen Seniorinnen und Senioren überwiegend Gebäude, die 23 Jahre und älter und in der Regel nicht barrierefrei sind. In „barrierearmen“ Wohnungen leben bisher lediglich 0,57 Mio. der 11 Mio. Haushalte (entspricht gut 5 %) der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren (Pestel Studie S. 6, Anlage 2).

### **1.3 Einkommenssituation und Wohnkosten**

Bundesweit beziehen 320.000 Seniorenhaushalte (außerhalb von Einrichtungen) Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII. Weitere 2 Mio. Seniorenhaushalte verfügen über ein Einkommen von weniger als 1.100,- € und liegen damit nur knapp über der Grundsicherung im Alter. Somit muss fast ein Viertel der Seniorenhaushalte als einkommensschwach bezeichnet werden. Durch die Absenkung des Niveaus der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, die für den überwiegenden Teil der Bevölkerung die alleinige Altersversorgung darstellt, wird sich das bisherige Versorgungsniveau für einen großen Teil der Ruhestandsbevölkerung nicht halten lassen.

---

<sup>1</sup> Verhältnis der Anzahl älterer Menschen zur Anzahl jüngerer Menschen = Bevölkerung ab 65 Jahren / Bevölkerung 15 bis 64 Jahre \* 100

#### **1.4 Pflegestrukturen**

Pflegebedürftigkeit betrifft rund 11 % der 65-Jährigen und Älteren. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt und gepflegt.

Insgesamt stieg die Zahl der Pflegebedürftigen nach Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1996 von 1,21 Mio. um gut die Hälfte und umfasst derzeit rund 1,84 Mio. Pflegebedürftige, die 65 Jahre und älter sind.

Mit der Alterung der Gesellschaft und den Veränderungen in der Familienstruktur sind Maßnahmen bei Pflegebedürftigkeit sowohl im sozialen Umfeld und familiären Bereich (Entlastungs- und Unterstützungsangebote) als auch in der sozialen Infrastruktur zu entwickeln.

Die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung beliefen sich im Jahr 2011 auf rund 22 Mrd. Euro (einschließlich 20 % Pflegebedürftige unter 65 Jahren), hinzu kommen private Aufwendungen in ähnlicher Größenordnung. Über die „Hilfe zur Pflege“ nach dem SGB XII wurden im Jahr 2011 weitere 3,6 Mrd. € aus öffentlichen Mitteln übernommen. Diese Leistung erhalten bundesweit rund 14,3 % der Pflegebedürftigen, da der Pflegeaufwand von vielen Menschen auch mit Einkommen oberhalb der Grundsicherung nicht leistbar ist (Pestel Studie S.11 und 12, Anlage 2). Parallel zu sinkenden Einkommen sind steigende Zahlen an Pflegebedürftigen zu erwarten, da einkommensschwache Personen höhere Pflegewahrscheinlichkeiten aufweisen.

Der Bevölkerungsanteil, der ergänzende Grundsicherungsleistungen im Alter erhält wird voraussichtlich von derzeit 3 % auf über 25 % in den nächsten 20 Jahren anwachsen.

Durch die steigende Zahl der Älteren wird bei gleichbleibenden Pflegequoten die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigen. Gleichzeitig wird durch die sinkende Zahl pflegender Angehöriger der Bedarf an Fremdbetreuung zunehmen (Pestel Studie S. 21, 22 und 26, Anlage 2).

#### **1.5 Künftige Wohnsituation und Handlungsempfehlungen**

Bei tendenziell sinkenden Einkommen in Rentnerhaushalten und zu erwartenden steigenden Wohnkosten werden Haushalte zunehmend aus ökonomischen Gründen zur Reduzierung der Wohnfläche gezwungen sein. Zudem bedarf es zunehmend gemeinschaftlicher bzw. spezifischer Wohnformen, um nicht nur die Kosten sondern auch Versorgungs- und Pflegeangebote in einem leistbaren Rahmen zu halten (Pestel Studie Seite 24 und 25, Anlage 2).

Die Zahl barrierearmer Wohnungen ist auszuweiten, um den Anteil der zu Hause Gepflegten zu erhöhen. Damit kann dem Wunsch der meisten Deutschen, in den eigenen vier Wänden zu altern und gepflegt zu werden, bei vorhandenen barrierearmen Wohnungen erheblich einfacher, länger oder überhaupt erst entsprochen werden. Der durchschnittliche Aufwand zur Herstellung der notwendigen Barrierearmut einer Wohnung (mit mittleren Barrieren) wird auf rund 15.600 Euro geschätzt.

Bei dem steigenden Trend zu Einpersonenhaushalten sollte über Pilotprojekte ermittelt werden, welche Wohnformen mit reduzierter Wohnfläche von den verschiedenen Milieus akzeptiert werden. Quartierbezogene Lösungen sollen realisierbar sein, damit ältere Menschen in ihrem sozialen Umfeld bleiben können (Pestel Studie S. 28, Anlage 2).

## **2. Situation in München**

Für die Weiterentwicklung der Wohnsituation und der Infrastruktur für ältere Menschen ist neben fachlichen Anforderungen vor allem die demographische Entwicklung in München von entscheidender Bedeutung. Im Unterschied zum bundesweiten Trend der relativen gesellschaftlichen Alterung, findet in München mittelfristig noch keine vergleichbare Verschiebung des Altersquotienten statt. In München wird sich das Verhältnis von Jüngeren zu Älteren aufgrund des prognostizierten fortdauernden Zuzugs jüngerer Menschen im erwerbsfähigen Alter zunächst nicht wesentlich verändern. Dennoch nimmt die absolute Zahl der älteren Menschen auch in München zu. Hinzu kommt in der Großstadtsituation die steigende Zunahme von Einpersonenhaushalten sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Münchnerinnen und Münchnern. Angelehnt an die Pestel Studie werden nachfolgend Zahlen, Prognose und Ausblick für München dargestellt.

Zu bedenken ist dabei, dass die Weiterentwicklung der Wohnsituation und der Infrastruktur für Ältere nicht allein aus der demografischen Entwicklung ableitbar ist, sondern einbezogen werden muss, welche Wünsche und Präferenzen die „neue“ zahlenmäßig wachsende und sich in ihrer Struktur verändernde Seniorengeneration z.B. im Hinblick auf das Wohnen oder die Pflege hat und über welche sozialen, gesundheitlichen und finanziellen Kompetenzen bzw. Ressourcen sie verfügt. In der vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Sozialreferat in Auftrag gegebenen und von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern mitfinanzierten Studie „Älter werden in München“ werden daher derzeit die vielfältigen Facetten des Älterwerdens in München genauer und fachübergreifend betrachtet. Das Thema Wohnen spielt dabei eine zentrale Rolle. Den Kern der Analyse bildet eine im Herbst 2013 durchgeführte Befragung von knapp 10.000 Haushalten mit mindestens einer Person im Alter von 55 bis 74 Jahren in fünf verschiedenen Quartierstypen, die sich städtebaulich, demografisch und sozialstrukturell unterscheiden und exemplarisch für andere Teile Münchens stehen. Damit lag der Fokus auf der zukünftigen bzw. jungen Seniorengeneration und deren Blick in die Zukunft. Neben Auskünften zur aktuellen Wohnsituation, wurden Antworten zu Wohnpräferenzen, zur Nachfrage nach barrierefreien/altersgerechten Wohnungen oder der Akzeptanz von verschiedenen Wohnformen im Alter erbeten. Angesichts eines erfreulichen Rücklaufs von knapp 30% verfügt München in Kürze über eine umfangreiche Datenbasis zur Abschätzung von teils räumlichen Handlungsbedarfen zum Thema Wohnen und Leben im Alter mit direkten Bezügen zur baulichen und sozialen Struktur. Diese Erkenntnisse

gehen weit über eine Betrachtung demografischer Indikatoren hinaus und sollen in die verschiedenen Fachkonzepte einfließen. Die Ergebnisse der Studie sollen dem Stadtrat noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

## **2.1 Demographische Veränderungen in München**

In der Landeshauptstadt München lassen sich die demografischen Veränderungen u.a. mit den Begriffen „mehr, hochaltriger, bunter, ärmer und pflegebedürftiger bei einem gleichzeitigen (wachsenden) Mangel an Pflegenden“ charakterisieren.

Laut der aktuellen Bevölkerungsprognose 2011 bis 2030 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung steigt die Gesamtbevölkerung in der LH München von derzeit 1,437 Millionen auf 1,651 Millionen Wohnberechtigte im Jahr 2030.<sup>2</sup>

Zum 31.12.2013 lebten in der LH München rund 262.500 wohnberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die 65 Jahre und älter waren (17,6 % der Gesamtbevölkerung), knapp 63.000 Personen waren 80 Jahre und älter (4,2 % der Gesamtbevölkerung).

### **Starke Zunahme Hochaltriger**

Entsprechend der genannten Bevölkerungsprognose 2011 bis 2030<sup>3</sup> steigt die absolute Anzahl der ab 65-Jährigen um 15 % auf 291.000 im Jahr 2030. Dabei erhöht sich die Anzahl der 65- bis 79-Jährigen nur leicht. Die Zahl der ab 80-Jährigen steigt allerdings kontinuierlich stark auf 90.000 (entspricht Anstieg um 47 %) an.

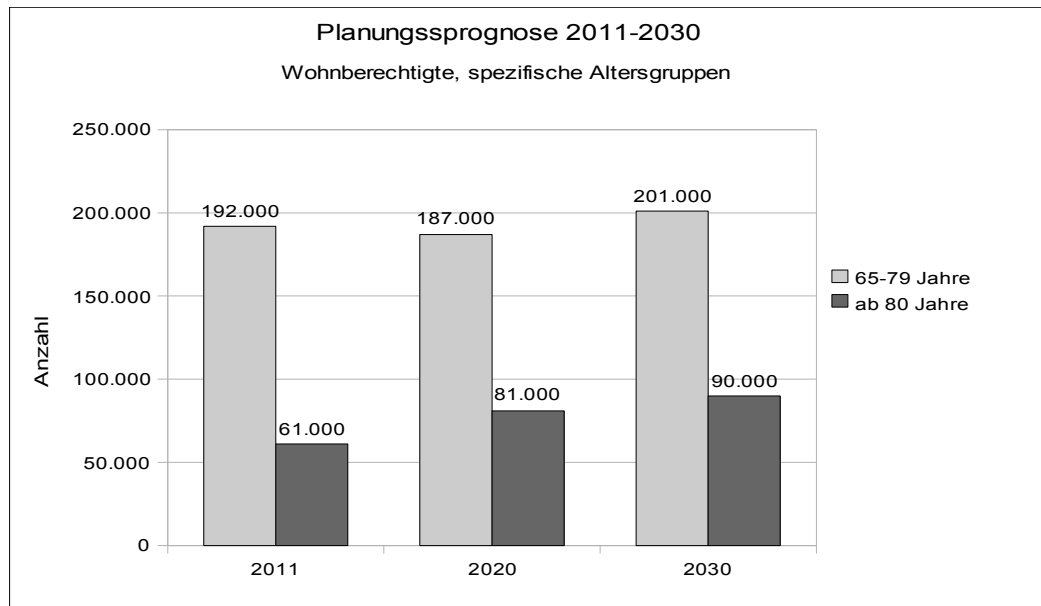
Dabei werden zwei Drittel des gesamten Anstiegs der Anzahl Hochaltriger bereits bis zum Jahr 2020 erfolgt sein.

---

2 LH München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2012). Perspektive München. Analysen. Demografiebericht München - Teil I, Analyse und Bevölkerungsprognose 2011-2030. Wohnberechtigte, gerundete Daten und Statistisches Amt LH München, ZIMAS, Hauptwohnsitzbevölkerung, gerundete Daten, Dezember 2013

3 LH München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2012). Perspektive München. Analysen. Demografiebericht München - Teil I, Analyse und Bevölkerungsprognose 2011-2030. Wohnberechtigte, spezifische Altersgruppen, Berechnungen Sozialreferat, S-I-LP, gerundete Daten

**Grafik 1: Planungsprognose 2011 bis 2030, Wohnberechtigte, spezifische Altersgruppen**



Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2012), Bevölkerungsprognose 2011-2030, Wohnberechtigte (= Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in München), eigene Berechnungen Sozialreferat, S-I-LP

### **Zunahme an Einpersonenhaushalten**

Derzeit leben rund 28.600 über 80-Jährige in München in Einpersonenhaushalten<sup>4</sup>. In der Folge der zunehmenden Singularisierung ist auch hier künftig mit einem Anstieg zu rechnen. Obwohl hochaltrige Menschen nicht generell von Einschränkungen betroffen sind, kommt es ab etwa dem 85. Lebensjahr zu einem deutlich verstärkten Hilfe- und Pflegebedarf, etwa jede dritte Person in diesem Alter benötigt Unterstützungsleistungen.<sup>5</sup>

### **Zunahme der Anzahl Hochaltriger ohne deutsche Staatsbürgerschaft**

Auch die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit ab 65 Jahren wird in der Landeshauptstadt München bis zum Jahr 2030 sehr deutlich um ca. 24.000 ansteigen. Zwei Drittel des gesamten Anstiegs aller ab 65-Jährigen sind auf einen Anstieg der Wohnberechtigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit zurückzuführen.

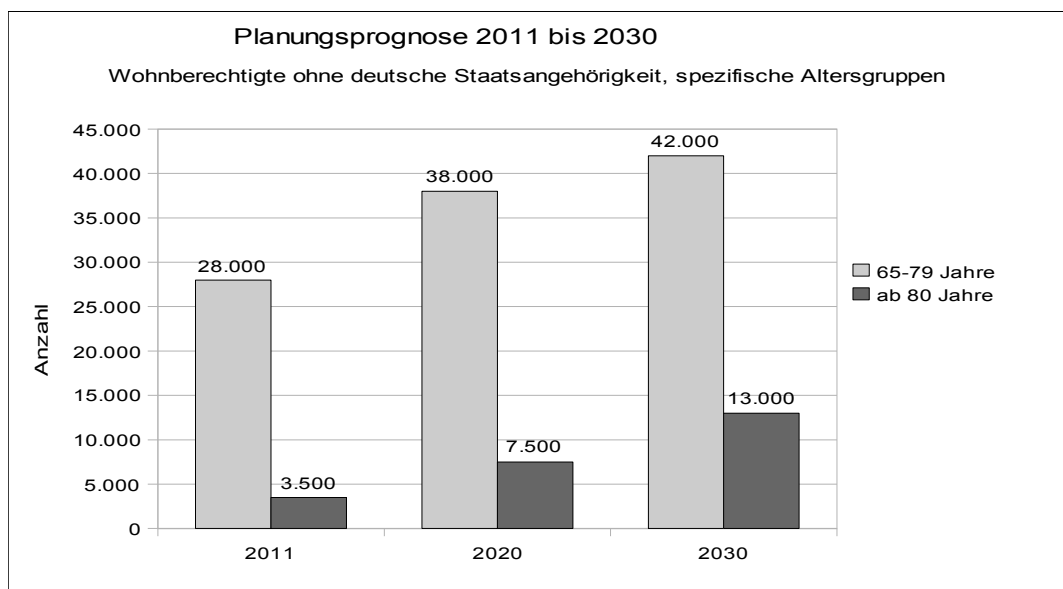
Die Anzahl der ab 80-Jährigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit steigt dabei von etwa 3.500 im Jahr 2011 auf 13.000 im Jahr 2030 an.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Statistisches Amt LH München, ZIMAS, Dezember 2012, Haushaltsstatistik: Einpersonenhaushalte

<sup>5</sup> u.a.: Wurm, S., Saß, A.-C. (2014) Gesundheit im Alter. Pro Alter, 46 (1) 12-15, Schneekloth, U., Wahl, H.-W. (2005), MUG III

<sup>6</sup> LH München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2012). Perspektive München. Analysen. Demografiebericht München - Teil I, Analyse und Bevölkerungsprognose 2011-2030. Wohnberechtigte (= Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in der LH München) ohne deutsche Staatsangehörigkeit, spezifische Altersgruppen, Berechnung Sozialreferat,

**Grafik 2: Planungsprognose 2011 bis 2030, Wohnberechtigte ohne deutsche Staatsangehörigkeit**



Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2012), Bevölkerungsprognose 2011-2030, Wohnberechtigte (=Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in München) ohne deutsche Staatsangehörigkeit, eigene Berechnungen Sozialreferat, S-I-LP

Insbesondere wegen des zu erwartenden Zuwachses in den entsprechenden Bevölkerungsgruppen (Einpersonenhaushalte und Hochaltrige mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit) sind für die dargestellten Zielgruppen die bestehenden zielgruppenübergreifenden und -spezifischen Münchner Angebote auszubauen und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln.

## 2.2 Wohnsituation der Altersgruppe 65 plus

Zur Wohnsituation der Altersgruppe 65 plus liegen für München bisher keine Zahlen vor, aber der in der Pestel Studie dargestellte geringe Anteil der älteren Bevölkerung in modernen Wohnhäusern kann unter Vorbehalt auf München übertragen werden. Über die Ausstattung von Münchner Wohnungen liegen folgende Zahlen (Zensus 2011 Wohnausstattung LHM) vor:

97,3 % (744.759 Whg.) der Wohnungen verfügen über Badewanne/Dusche und WC, 0,5 % (3.945 Whg.) der Wohnungen verfügen über Badewanne/Dusche ohne WC, 0,7 % (5.075 Whg.) der Wohnungen verfügen über WC ohne Badewanne/Dusche und 1,6 % (11.902 Whg.) der Wohnungen verfügen weder über Badewanne/Dusche noch WC.

Es ist davon auszugehen, dass überwiegend Seniorinnen und Senioren in Altbauwohnungen leben, die nicht mit geeigneten Bädern ausgestattet sind. Jedes fünfte Wohngebäude in München wurde vor 1950 errichtet, ein Drittel stammt aus den Zei-



ten des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 1950er und 1960er Jahren. So beträgt der Anteil der Wohngebäude mit einem Baujahr bis 1949 rund 21,6 %, mit einem Baujahr von 1959 - 1969 rund 32,8 %, zwischen 1970 und 1989 wurden 25,6 % und 1990 und später 20 % der Münchner Wohnungen erbaut (Stand 09.05.2011, Statistisches Amt der LHM).

### **2.3 Einkommenssituation und Wohnkosten**

In München gelten laut aktuellem Münchner Armutsbericht<sup>7</sup> 18,5 % der Menschen im Alter ab 65 Jahren als relativ arm, das heißt sie verfügen über ein Einkommen von unter 1.000 Euro in einer Stadt mit hohen Lebenshaltungskosten und stark gestiegenen und weiter steigenden Mieten. Sanierungskosten können auf die Mieten umgelegt werden, das lässt die Mieten gerade in den häufig von älteren Menschen bewohnten alten Bestandsbauten spürbar steigen.

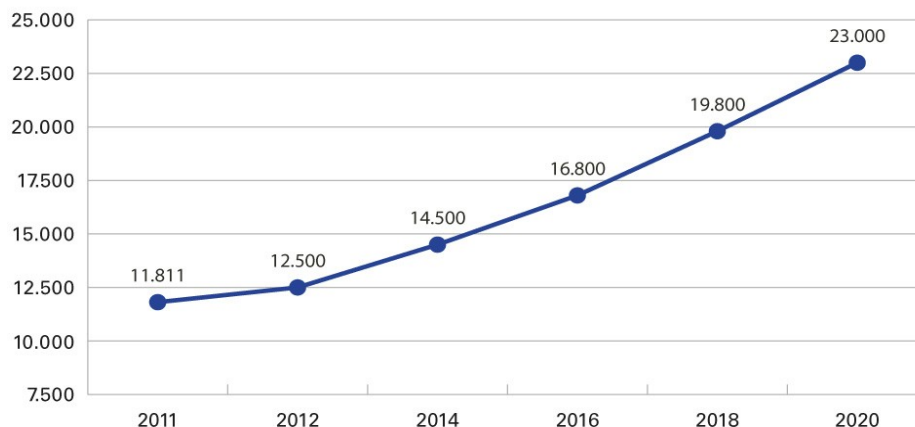
#### **Starke Zunahme der Altersarmut**

Der Erhalt und die Schaffung von kostengünstigem und barrierearmem Wohnraum wird immer wichtiger, da die Zahl der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, in München im Vergleich zu anderen deutschen Städten signifikant gestiegen ist. Derzeit beziehen fast 13.300 Münchnerinnen und Münchner ab 65 Jahren Grundsicherung im Alter (Stand 31.05.2014). Wie schon im aktuellen Münchner Armutsbericht<sup>8</sup> dargestellt, ist bis zum Jahr 2020 mit einem Anstieg auf 23.000 Personen zu rechnen.

---

<sup>7</sup> Münchner Armutsbericht 2011, Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses in der gemeinsamen Sitzung vom 06.11.2012 und der Vollversammlung vom 28.11.2012, Sitzungsvorlage-Nr. 08-14 / V 10203, v.a. 81 ff.

**Grafik 3: Grundsicherung im Alter – Prognose der Entwicklung bis 2020 Anzahl der Personen ab 65 Jahren**



Münchner Armutsbericht 2011, v.a. 81 ff.

Nahezu 90 % der Betroffenen leben in Einpersonenhaushalten und müssen Ausgaben, wie beispielsweise die Miete alleine tragen. So beträgt die durchschnittliche Haushaltsgröße der betroffenen Empfängerhaushalte nur 1,13 Personen.

Hervorzuheben ist, dass in München alleinstehende ältere Männer mittlerweile häufiger Grundsicherung im Alter beziehen als Frauen und somit „Altersarmut ... in München zunehmend auch ein männliches Gesicht“ hat. Mögliche Gründe können u.a. darin bestehen, dass „alleinstehende, geschiedene oder verwitwete Männer, die keine ausreichend hohen eigenen Rentenansprüche erworben haben ... auch auf keine wesentlichen von der Ehefrau erworbenen Versorgungsansprüche zurückgreifen können.“ (Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Münchner Armutsbericht 2011, S. 83 ff.)

Zudem wird die Anzahl der Personen mit geringen gesetzlichen (und betrieblichen) Renten insgesamt ansteigen. Gründe hierfür sind unter anderem prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten mit Niedriglöhnen, nicht- sozialversicherungspflichtigen geringfügigen Beschäftigungen und Brüche in Erwerbsbiografien.

## 2.4 Pflegestrukturen und Angebote der Versorgung und Unterstützung

In München beziehen laut aktueller amtlicher Pflegestatistik<sup>8</sup> derzeit rund 25.000 Personen Leistungen der Pflegeversicherung, dabei werden 75 % dieser Personen von Angehörigen und/oder ambulanten Pflegediensten zu Hause versorgt. In der letzten Münchner Pflegebedarfsplanung<sup>9</sup> wird für das Jahr 2020 ein Anstieg der Pflegebe-

<sup>8</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2012). Statistische Berichte. Pflegeeinrichtungen, ambulante sowie stationäre und Pflegegeldempfänger in Bayern. Ergebnisse der Pflegestatistik. Stand: 15 bzw. 31.12.2011. Die nächste amtliche Pflegestatistik erscheint voraussichtlich Ende des Jahres 2014 bzw. Anfang des Jahres 2015.

<sup>9</sup> Bedarfsplanung zur pflegerischen Versorgung in München, Beschluss des Sozialausschusses vom 04.05.2010,

dürftigen auf 29.000 Personen prognostiziert.

Gezielte fachliche Beratung und Unterstützungsangebote auch schon im Vorfeld von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit gewinnen in den nächsten Jahren im Blickwinkel der dargestellten demographischen Veränderungen enorm an Bedeutung.

### **3. Konsequenzen für München um diesen Herausforderungen zu begegnen**

Im Sozialreferat greift das Amt für Soziale Sicherung folgende zentrale Handlungsfelder im Bereich „Alt werden in München gestalten“ auf:

- Altersarmut vorbeugen und lindern,
- Pflege bedarfsgerecht gestalten,
- Selbständigkeit bei Älteren erhalten und Hochbetagte unterstützen
- Wohnen im Alter

In einer Reihe von Stadtratsbeschlüssen wurden planerische Konsequenzen zum Thema Wohnen im Alter bereits behandelt, zuletzt sehr intensiv in dem Grundsatzbeschluss der Vollversammlung vom 01.02.2012 „Wohnungspolitisches Handlungsprogramm 'Wohnen in München V', Wohnungsoffensive 2012 – 2016“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 08187). Der demographischen Entwicklung und den in diesem Beschluss genannten programmatischen Zielen, die sich an der Münchner Altenpolitik orientieren, trägt das städtische Wohnungsbauprogramm bereits Rechnung. So besteht für Rentnerinnen und Rentner im Ballungsraum München unter anderem die Möglichkeit, bei Einhaltung der Einkommensgrenze Wohnungen nach dem München-Modell beziehen zu können, deren Miete dauerhaft erschwinglich ist (siehe Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 04.12.2013 „Einkommensgrenzen für Senioren beim München-Modell“, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13475).

Ein wichtiges Ziel des Sozialreferats ist es, vermehrt günstigen, geeigneten Wohnraum in Verbindung mit zeitgemäßen Betreuungskonzepten anzubieten, da sowohl die Zahl älterer Menschen mit geringem Einkommen als auch die älterer alleinlebender Menschen steigen wird. Dies erfordert die Entwicklung zukunftsweisender Konzepte mit Versorgungsangeboten, die auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit den langen Verbleib in der angestammten Wohnung ermöglichen.

Zur Zusammenführung der Aufgaben ist es notwendig, im Amt für Soziale Sicherung, Abteilung "Kommunale Altenhilfe", in der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ eine eigene fachliche Einheit zu verankern, die in enger Kooperation mit allen Beteiligten innerhalb des Sozialreferats und weiteren Referaten, insbesondere dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung das Thema "Geeignete (barrierearme bzw. -freie) Wohnungen" in Verbindung mit den bestehenden und neu zu planenden Versorgungsangeboten bearbeitet, koordiniert und konzeptionell weiterentwickelt.

Diese Aufgabe umfasst sowohl die Beratung und Kooperation mit finanziell selbsttra-

genden Angeboten, als auch die Schaffung und Koordinierung von Projekten zur Entlastung unmittelbarer kommunaler Aufgaben über entsprechende städtische Zuschüsse.

Da bezahlbarer Wohnraum für Rentnerinnen und Rentner mit niedrigem Einkommen knapp ist, ist es wichtig, nicht nur geeignete neue Wohnmöglichkeiten zu schaffen, sondern vorhandene Wohnungen schnell und bedarfsgerecht zu vergeben. Die im Amt für Wohnen und Migration geplante internetzugängliche Wohnungsplattform zur Vergabe von öffentlich geförderten und freifinanzierten Wohnungen (vgl. Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13317) ist hier ein wichtiger Baustein. Haushalte mit einem gültigen Registrierbescheid können sich an der Wohnungsplattform anmelden und zielgerichtet Wohnungen suchen, die ihren Bedürfnissen und Ansprüchen genügen. Eine Beteiligung der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ bei der Weiterentwicklung der Wohnungsplattform zur Implementierung seniorengerechter Kriterien zur Beschreibung der Wohnung ist daher sinnvoll.

### **3.1 Flankierende Projekte und deren Weiterentwicklungen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsprognose**

In der Abteilung „kommunale Altenhilfe“ (S-I-A) wurden in der Vergangenheit entsprechend der steigenden Anzahl älterer Menschen folgende Projekte und fachliche Entwicklungen angestoßen, die das Thema "Zeitgemäße Wohnformen im Alter" unterstützen:

#### **Modellprojekt „Präventive Hausbesuche“**

Im Jahr 2010 ist das auf vier Jahre begrenzte Modellprojekt „Präventive Hausbesuche für ältere Münchnerinnen und Münchner“ gestartet, dessen Ziel es ist, Menschen ab ca. 75 Jahren, die noch zu Hause leben, rechtzeitig ein Beratungsangebot zu unterbreiten, um u.a. gefährdende Lebenssituationen zu vermeiden. Dem Stadtrat wird im Herbst 2014 im Rahmen des Beschlusses „Gesamtkonzept Münchner Altenhilfe – Neue Herausforderungen und Bedarfe älterer Menschen analysieren, eine gesamtstädtische Strategie für die offene Altenhilfe in München entwickeln und wichtige Angebote wie z.B. die Präventiven Hausbesuche verankern; Präventive Hausbesuche für ältere Münchnerinnen und Münchner – Den Evaluationsbericht vorstellen“ über den Stand und die weitere Umsetzung dieses erfolgreichen Projektes berichtet werden.

#### **Angebote für spezifische Zielgruppen**

Im Bereich der offenen Altenarbeit werden die demografischen und fachlichen Entwicklungen (z.B. die zunehmende Komplexität der Bedarfslagen in Beratungssettings) unter anderem dadurch aufgegriffen, dass 2010 fünf neue Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten geschaffen wurden und die Angebote für Menschen mit

Demenz und für Menschen mit Depressionen (Balance Projekt) in den Alten- und Servicezentren (ASZ) ausgebaut wurden.

### **Ausbauplan der Alten- und Service-Zentren**

Für die nächsten Jahre sind gemäß des beschlossenen gesamtstädtischen Ausbauplanes zu den bereits bestehenden 32 ASZ drei weitere ASZ geplant (Feldmoching-Hasenberg<sup>10</sup>, Nymphenburg und Bogenhausen), um auf regionaler Ebene die Beratungs-, Begegnungs- und Unterstützungsangebote im gesamten Stadtgebiet bedarfsgerecht anzubieten.

### **Strukturelle Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf**

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung für die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen in München wird von der Abteilung "Inklusion und Pflege" (S-I-IP) im Rahmen der strukturellen Hilfen für Pflegebedürftige unterstützt. Im Jahr 2013 erhielten 132 ambulante Pflegedienste eine Investitionsförderung durch das Sozialreferat. Daneben wurden verschiedene Modernisierungsmaßnahmen, zeitgemäße Ersatzbauten für vollstationäre Pflegeeinrichtungen, ambulant betreute Wohngemeinschaften und innovative Wohnformen für pflegebedürftige Menschen gefördert.

### **Seniorenpolitisches Konzept**

Das „Seniorenpolitische Konzept“ des Sozialreferats wurde in seiner dritten Fassung fortgeschrieben und im Sozialausschuss vom 12.01.2012 beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07945). Der Beschluss enthielt grundsätzliche Aussagen zur gesellschaftlichen und demographischen Entwicklung des Alter(n)s und Strategien zur Versorgung älterer Menschen in verschiedenen Handlungsfeldern, wie beispielsweise „Altern in Nachbarschaft und im Viertel“ und „Armut im Alter“.

### **Geplantes Gesamtkonzept Münchner Altenhilfe**

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels und der damit einhergehenden Anforderungen im Bereich der Altenhilfe wurde das Sozialreferat beauftragt, ein Gesamtkonzept für die offene Altenhilfe zu planen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 11735). Es sollen sowohl eine „kritische Bestandsaufnahme“ als auch - soweit erforderlich - „in Teilen eine Neukonzeption der Angebote der offenen Altenhilfe“ erstellt werden. Das Gesamtkonzept verfolgt das Ziel, in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Krankheit, gesellschaftliche Teilhabe, finanzielle Probleme sowie Kompetenzerhalt und -vermittlung die für ältere Menschen und ihre Angehörigen erforderlichen Angebote und Hilfen sicherzustellen und für einfache, transparente Zugangswege zu sorgen. Dazu sind vor allem wohnortnahe und in der Öffentlichkeit bekannte Anlaufstellen im Bereich der offenen Altenhilfe erforderlich. Außerdem bedarf

---

10 Beschluss der Vollversammlung vom 19.03.2014. Sitzungsvorlagen-Nr.: 08-14 / V 13860

es eindeutiger Zuständigkeiten sowie der Abstimmung und Vernetzung vorhandener Angebote und Dienstleistungen, eines niederschweligen Zugangs, bei Bedarf eines Case Managements, interkultureller, inklusiver, spezialisierter und präventiver Angebote der Altenhilfe, bürgerschaftlichen Engagements und flächendeckender zugehöriger Sozialarbeit.

Das Gesamtkonzept sieht daher den Ausbau der Alten- und Service-Zentren (ASZ) zu Zentren der offenen Altenhilfe vor. Damit soll den ASZ eine „deutlich gewichtigere, sehr viel verbindlichere Funktion als bisher zukommen“. Daneben wird es „auch künftig vielfältige Angebote und Zugangswege zum System der Altenhilfe geben (müssen)“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 11735). Im Gesamtkonzept Altenhilfe wird als ein Schwerpunkt die Versorgung der älteren Bevölkerung mit bezahlbarem geeignetem Wohnraum in Wohnanlagen und Wohnumfeldbedingungen, die von einer möglichst gemischten Struktur unterschiedlicher Generationen und Zielgruppen geprägt sind, mit behandelt werden.

### **„Älter werden in München“**

Ausgehend von den Ergebnissen der o.g. Studie, werden referatsübergreifend Handlungsempfehlungen und Umsetzungsschritte erarbeitet, die eine integrierte und quartiersbezogene kommunale Seniorenpolitik und eine alterssensible Stadt(teil)entwicklung fördern können.

## **3.2 Weiterentwicklung altengerechter Wohnkonzepte**

Mit zunehmendem Alter verbringen die Menschen in der Regel immer mehr Zeit in den eigenen vier Wänden. Die Wohnung wird immer mehr zum Lebensmittelpunkt. Insbesondere für Hochbetagte und Menschen mit chronischer Erkrankung, Pflegebedürftigkeit und Behinderung wird sie häufig zum alleinigen Lebensort. Die Studie „Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmittelpunkt zukünftiger Senioren?“ und viele weitere Befragungen belegen, dass ältere Menschen so selbstbestimmt und selbstständig wie möglich in ihrer eigenen Wohnung und im eigenen Stadtteil verbleiben wollen<sup>11</sup>.

Dem Wunsch der meisten Menschen in der angestammten Wohnung zu altern und gepflegt zu werden, soll weitgehend entsprochen werden. Das Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, sieht im Bereich Wohnen im Alter folgende Schwerpunkte:

- Entwicklung quartiersbezogener Wohnformen, in enger Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften, -gesellschaften u. a. Bauträgern,
- Ausweitung von Angeboten, die Wohnen und soziale und pflegerische Versorgung von hilfsbedürftigen Menschen verbinden.

Voraussetzung hierfür ist bezahlbarer Wohnraum wie z.B. in:

- Altenwohnanlagen mit variablen Hilfs- und Pflegekonzepten,
- Quartierskonzepten, wie „Versorgung im Viertel“ oder

<sup>11</sup> Kramer, C, Pfaffenbach, C. (2007). Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmittelpunkt zukünftiger Senioren? In: Raumforschung und Raumordnung. 65(5), S 393 – 406.

- „Wohnen im Viertel“ als besondere Versorgungsform bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG,
- Selbsthilfeinitiativen zum gemeinsamen Wohnen.

### **Versorgung im Viertel**

Mit der Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07470 hat der Sozialausschuss am 06.10.2011 beschlossen „im Rahmen der Versorgung älterer Bürgerinnen und Bürger ein quartiersbezogenes Gesamtkonzept zu entwickeln, das einen Verbleib in der eigenen Wohnung solange wie möglich auch tatsächlich erlaubt und gleichzeitig Versorgungsdefizite nicht aufkommen lässt.“ Das Sozialreferat wurde beauftragt „im Sinne des Konzeptes 'Versorgung im Viertel' kleinteilige Versorgungskonzepte für ausgewählte Regionen zu entwickeln und umzusetzen.“<sup>12</sup>

Mit Beschluss der Vollversammlung, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 01539<sup>13</sup>, vom 29.07.2009 wurden zwei Stellen im Sozialreferat, Amt für soziale Sicherung, eingerichtet. Die Stabstelle „Versorgung im Viertel“ ist sowohl mit der Entwicklung von Quartierskonzepten „Versorgung im Viertel“ in ausgewählten Gebieten als auch mit der Begleitung der Projekte „Wohnen im Viertel“ der GEWOFAG befasst.

#### **- Ziel**

Damit ältere Menschen trotz Krankheit, Pflegebedarf und/oder Behinderung nach Möglichkeit in der eigenen Wohnung oder im Viertel wohnen bleiben können, müssen im Rahmen des Quartierskonzeptes „Versorgung im Viertel“ entsprechende, möglichst passgenaue sozialraumbezogene Versorgungsstrukturen und Angebote, d.h. im unmittelbaren Wohnumfeld verfügbar, eingerichtet werden. Bestehende Angebote und Unterstützungsformen werden im Kontext des jeweiligen Viertels betrachtet, aufeinander abgestimmt und fortgeschrieben.

#### **- Bausteine**

Grundlage eines Quartierskonzeptes sind die folgenden Bausteine, die zwingende Bestandteile in der Versorgungsstruktur sind.

- Wohnen
  - barrierefreier Wohnungsneubau und Wohnungsanpassung
  - Integration alternativer Wohnformen
  - Wohnumfeld - barrierefreie Infrastruktur (z.B. fußläufig erreichbare Ärzteschaft, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV-Anbindung)
- Pflege
  - Integration kleinteiliger Rund-um-die-Uhr Pflegeangebote
  - Stärkung häuslicher Pflegeangebote
  - Integration und Umstrukturierung der stationären Pflegeangebote

<sup>12</sup> Sitzungsvorlage Quartierskonzept Versorgung im Viertel, Nr. 08-14 / V 07470

<sup>13</sup> Sitzungsvorlage Bedarfsgerechter Ausbau der Abteilung Altenhilfe Nr. 08-14 / V 01539

- Soziales
  - Sicherung kleinräumig verfügbarer und einfach zugänglicher Beratungsleistungen, zugehende Beratung, Koordination und Vermittlung von Diensten
  - Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten
  - Sicherung niedrigschwelliger Dienstleistungen / koordinierte Alltagshilfen im Hilfemix von professionellen Dienstleistungen und ehrenamtlichen Angeboten

- Umsetzung

Maßgeblich für die erfolgreiche Umsetzung des Quartierskonzepts ist die frühzeitige Einbindung und Beteiligung der in den Quartieren tätigen Akteurinnen und Akteure wie Wohnungswirtschaft, Pflegedienste, Alten- und Service-Zentren und Beratungsstellen etc. sowie der Bürger und Bürgerinnen.

Das Quartierskonzept „Versorgung im Viertel“ wurde in ausgewählten Gebieten vorgestellt und ist auf großes Interesse gestoßen. Mit der Konzeptentwicklung wurde in einem Gebiet in Neuperlach sehr erfolgreich begonnen.

**„Wohnen im Viertel“ der GEWOFAG**

Das Konzept „Wohnen im Viertel“ der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG ist ein quartiersbezogenes Wohn- und Versorgungsangebot von derzeit fünf Projekten, das in den nächsten Jahren sukzessive auf voraussichtlich zwanzig Standorte erweitert werden soll.

Wohnen im Viertel besteht aus

- ca. 10 barrierefreien / barrierearmen Projektwohnungen für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf
- einer Pflegewohnung auf Zeit
- einem Treffpunkt, bei dem es sich je nach Finanzierung um ein Wohncafé oder einen Nachbarschaftstreff handelt
- Räumlichkeiten für einen Pflegedienst
- Kooperationsvertrag der GEWOFAG mit den Pflegediensten zur Sicherstellung der Versorgung der Projektwohnungen und Pflegewohnung auf Zeit
- Versorgungssicherheit im Notfall Rund-und-um-die-Uhr im Viertel (Umgreif von 750 – 1000 m)

Die bisherige Stabstelle „Versorgung im Viertel“ ist bei den fünf bestehenden Projekten Ansprechpartnerin für die GEWOFAG und die Kooperationspartner, insbesondere bei der Finanzierung der Versorgung aber auch der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes. Ebenso wird die Planung und Implementierung der neuen Projekte begleitet. Ferner besteht hinsichtlich der Entwicklung von Quartierskonzepten in Neubauquartieren eine enge Kooperation mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung.



### **Soziale Betreuung und konzeptionelle Weiterentwicklung der Altenwohnanlagen**

Die Altenwohnanlagen in München stammen größtenteils aus den 1960er und 1970er Jahren. Sie entstanden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, so dass älteren, in der Regel alleinstehenden Menschen mit niedrigem Einkommen eine finanziell erschwingliche Möglichkeit des Wohnens im Alter eröffnet wurde.

Derzeit gibt es 12 Altenwohnanlagen, wobei die Wohnungen häufig nicht barrierefrei sind. Die Belegung der Appartements erfolgt durch das Amt für Wohnen und Migration, meist mit Personen ab 60 Jahren.

In den Altenwohnanlagen leben derzeit überwiegend Personen, die alleinstehend und hochbetagt sind. Wie auch in der Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 00726 „Altenwohnanlagen neu gedacht“ aufgezeigt wurde, steigt der Anteil der Migrantinnen und Migranten und es ist eine Zunahme an Demenz- und anderen psychischen Erkrankungen sowie Suchtproblematiken zu verzeichnen. Bei der Belegung ist in den letzten Jahren eine steigende Nachfrage männlicher Bewohner zu beobachten.

Acht vom Sozialreferat bezuschusste Fachkräfte (Sozialpädagogin/Sozialpädagoge oder Altenpflegefachkraft) verschiedener Träger betreuen die Mieterinnen und Mieter in acht Altenwohnanlagen mit insgesamt ca. 800 Bewohnerinnen und Bewohnern.

Die Betreuung umfasst die psychosoziale Beratung und Begleitung in verschiedenen Lebenslagen oder -situationen, Begegnungsangebote, Kultur- und Freizeitaktivitäten, Organisation und Vermittlung weiterführender Hilfen sowie die Integration der Altenwohnanlage in den Stadtteil. Die Fachkräfte koordinieren alle Unterstützungsangebote, beantragen eine Pflegestufe oder veranlassen eine gesetzliche Betreuung. Bei Pflegebedürftigkeit wird die hauswirtschaftliche und pflegerische Versorgung von ambulanten Pflegediensten erbracht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von gerontopsychiatrischen Diensten werden bei Bedarf hinzugezogen. Die Fluktuation in den acht Altenwohnanlagen beträgt durchschnittlich etwa 10 % p.a. durch Versterben, Verlegung ins Pflegeheim, Auszug zu Angehörigen und ähnliches.

Da das Thema „Wohnen“ immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist die Entwicklung eines zukunftsweisenden Konzepts für die bestehenden Altenwohnanlagen erforderlich, das quartiersbezogen ist und den möglichst langen Verbleib der Mieterinnen und Mieter auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ermöglicht. Dabei ist auch zu prüfen, welche Altenwohnanlagen sinnvoll saniert und (zumindest teilweise) barrierefrei umgebaut werden können und in welchen Neubauvorhaben bezahlbare Senioren-Appartements (mit Betreuungskonzepten) eingeplant werden können. Hier ist auch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung einzubeziehen unter anderem im Hinblick auf Fragen zum Brandschutz.

### **Mehrgenerationen- und zielgruppenspezifische Konzepte**

Familiäre Strukturen verändern sich, die Anzahl der Einzelhaushalte nimmt zu, Nachbarschaft und sonstige soziale Netzwerke werden immer wichtiger. Daher wird auch gemeinschaftliches Wohnen im Rahmen einer altersgemischten Bewohnerschaft für einen Teil der Bevölkerung an Bedeutung gewinnen. Diese Wohnform wird von den Menschen gewählt werden, die einen Gemeinschaftsgedanken leben wollen. Für ältere Menschen und Familien kann diese Wohnform eine attraktive Form des Zusammenlebens darstellen.

Demgegenüber greifen zielgruppenspezifische Konzepte des Wohnens und der Versorgung spezielle Bedürfnisse älterer Menschen auf. Ältere Menschen mit Migrationshintergrund können beispielsweise in einer kleinen Gruppe wie in einem Familienverbund ihrem Kulturkreis entsprechend zusammenleben. Selbstbestimmung und Selbständigkeit bleiben durch Selbstorganisation und individuelle Lebensführung in diesen Wohnformen gewahrt.

Es eröffnen sich Vorteile für die Bewohnerin oder den Bewohner z.B. durch gegenseitige Hilfestellungen und Kostenteilung bei Dienstleistungen, sowie durch die Nutzung von Gemeinschaftsräumen, die den Bedarf an individuellem Wohnraum verringern. Im gemeinschaftlichen Wohnen werden niederschwellige Hilfen gegenseitig nachbarschaftlich bzw. ehrenamtlich erbracht. Hier handelt es sich um einen ideell und monetär wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Zum Gelingen dieser Wohnform ist es sinnvoll, den Interessentinnen und Interessenten für die Findung und Entwicklung des Konzeptes Beratung und Moderation anzubieten.

Es sind bereits verschiedene gemeinschaftliche Wohnformen, sowohl in der Landeshauptstadt München als auch deutschlandweit und in anderen Ländern entstanden. Für die Landeshauptstadt München gilt es, die Öffentlichkeit über diese alternativen Wohnformen umfassender zu informieren, Akteure bei Konzepterstellung und Konzeptweiterentwicklungen zu unterstützen, förderliche Strukturen auf- bzw. auszubauen, Vereinbarungen abzuschließen, sowie Interessentinnen und Interessenten zusammen zu bringen. Dies geschieht bereits sowohl in bestehenden Zuschussprojekten des Sozialreferats wie: „Integriertes Wohnen (IWO) an der Menzingerstraße“ oder „Wohnraum für Hilfe“ als auch durch übergreifend finanzierte Projekte wie z.B. dem in der Realisierungsphase befindlichen „Mehrgenerationenwohnen am Reinmarplatz“.

### **3.3 Wohnungsanpassung**

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist von einem steigenden Anteil der Bevölkerung auszugehen, der zumindest zeitweise auf eine barrierefreie Wohnung und Umgebung angewiesen ist.

Die Vorschriften zur Barrierefreiheit wurden nach Einführung der DIN 18040-2 mit der Änderung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) am 01.07.2013 erweitert und gelten in dieser Form für alle Gebäude, die seit diesem Datum errichtet wurden.

Wie in Punkt 2.2 beschrieben verfügt München über einen hohen Anteil an älterer Bausubstanz, die nur zu einem geringen Anteil barrierefreie Wohnungen umfasst. Die Landeshauptstadt München war die erste Kommune in Deutschland, die 1987 mit der Errichtung einer Beratungsstelle ein verlässliches Beratungs- und Unterstützungsangebot bei Wohnungsanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen (und teilweise jüngere Menschen mit Behinderung) aufgebaut hat. Das Beratungskonzept wurde fortlaufend an aktuelle Anforderungen angepasst und zuletzt mit Beschluss des Sozialausschusses am 25.09.2008 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 00353) als enge Kooperation zwischen den Alten- und Service-Zentren (ASZ) und der Wohnungsanpassungsberatung des Vereins Stadtteilarbeit e.V. festgelegt. Demnach sind die ASZ in ihrem Stadtteil im Rahmen ihrer Beratungszuständigkeit Ansprechpartner für die Grundberatung zur Wohnungsanpassung. Für den Bereich der Hilfsmittel mit besonderen technischen Eigenschaften und für Umbaumaßnahmen vermitteln die ASZ an die Beratungsstelle Wohnen, Verein Stadtteilarbeit e.V.

Die Beratungsstelle Wohnen leistet:

- Multiprofessionelle Beratung und Begleitung individueller Wohnungsanpassungsmaßnahmen bis zur Realisierung,
- Fachübergreifende Beratung und Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten und Eröffnung von Zuschüssen,
- Multiplikatorenschulung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Entwicklung von Projekten zur Standardisierung von wiederkehrenden Beratungsinhalten wie beim Projekt "Münchner Eigenheimer-Siedlungen altersgerecht anpassen".

Die Beratungsstelle Wohnen arbeitet dabei nicht nur eng mit allen ASZ zusammen, sondern auch mit den Beratungsstellen für ältere Menschen und Angehörige, weiteren Dienstleistern aus dem Senioren- und Behindertenbereich, mit Architekten, Handwerkern, Bauträgern und Baugesellschaften und dem Sanitätsfachhandel.

Im Übrigen fördert die Bewilligungsstelle beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Rahmen der staatlichen Wohnraumförderung ebenfalls Anpassungsmaßnahmen und steht deshalb auch für Beratungen zur Verfügung.

Da im Münchner Wohnungsbestand ein großer (Nachhol-)Bedarf an Wohnungsanpassungsmaßnahmen besteht, sind diese Tätigkeiten bei der Beratungsstelle Wohnen, Verein Stadtteilarbeit e.V. gezielt auszuweiten.

### **3.4 Städtischer Beraterkreis Barrierefreies Planen und Bauen**

#### **Anbindung der Geschäftsführung an das Büro des Behindertenbeauftragten**

Wie sowohl die Ergebnisse aus der Pestel Studie zeigen, als auch beispielsweise die Folgerungen aus der erst kürzlich dem Stadtrat vorgestellten Ergebnisse zu der „Studie zur Arbeits- und Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt München“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 14074), ist durch barrierefreien Wohnraum allein der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit nicht gesichert.

Vielmehr muss auch das Wohnumfeld sowie die Infrastruktur (Verkehrsflächen, Einkaufsmöglichkeiten, Personennahverkehr, Behörden und Einrichtungen usw.) möglichst barrierefrei gestaltet sein. Für die Städte in Bayern hat die Staatsregierung einen Plan und Haushaltsmittel ab 2015 zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum bis 2023 aufgelegt.

Barrierefreies Planen und Bauen gewinnt – auch in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – immer mehr an Bedeutung, was sich auch in der starken Inanspruchnahme des städtischen Beraterkreises "Barrierefreies Planen und Bauen" widerspiegelt. Insbesondere im Wege der Bauleitplanung treten das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Baureferat sowie von diesen beauftragte Architekten und Bauträger an den Beraterkreis heran und lassen sich hinsichtlich spezifischer Fragestellungen bei der Umsetzung der Standards und DIN-Normen zu Möglichkeiten für eine barrierefreie (Um-)Bauweise und inklusive Nutzung beraten. Dies geschieht vornehmlich zur Realisierung von Sonderbauten.

Aufgrund der Aufgabenstellungen des Behindertenbeauftragten aus dem Behindertengleichstellungsgesetz ist es sinnvoll, den städtischen Beraterkreis „Barrierefreies Planen und Bauen“ fachlich und organisatorisch im Büro des Behindertenbeauftragten anzubinden. Durch die inhaltliche Weiterentwicklung des Beraterkreises und den damit verbundenen steigenden Beratungsumfang sind sowohl die klassischen

Geschäftsführungsaufgaben als auch die mit dem Beraterkreis verbundenen Sachbearbeitungstätigkeiten merklich angestiegen.

#### **4. Ressourcen**

In den folgenden vier Bereichen ist eine Ressourcenaufstockung erforderlich:

Im Bereich der Förderung freier Träger ist wegen des gestiegenen Bedarfs der Zuschuss für Wohnungsanpassungsmaßnahmen an den Verein Stadteitarbeit wie beantragt zu erhöhen.

Um den gestiegenen Anforderungen an bezahlbarem Wohnraum in Verbindung mit geeigneten Angeboten zeitgemäßer Versorgung und Pflege für ältere Menschen besser gerecht zu werden, ist es notwendig, im Sozialreferat ein Konzept für zeitgemäße Wohnformen Älterer zu erarbeiten und kontinuierlich umzusetzen. Hierzu ist durch die Zusammenführung der Aufgaben eine eigene fachliche Einheit im Amt für Soziale Sicherung/Kommunale Altenhilfe zu bilden. Es ist erforderlich, in der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ (S-I-A 3) die bisherigen zwei Personalstellen, die für „Versorgung im Viertel“ eingesetzt sind um drei weitere Stellen (davon eine befristet für 3 Jahre ab Besetzung) zu erweitern.

Um Konzepte weiterentwickeln und Projekte zeitnah implementieren zu können, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Fördermitteln in Höhe von 100.000 Euro zur Anschubfinanzierung oder Aufstockung von Projekten bei Produkt 60 5.4.2, Produktleistung 6 „Hilfen zum barrierefreien Leben“ (zukünftig "Zeitgemäße Wohnformen im Alter") erforderlich.

Um die Geschäftsführung des städtischen Beraterkreises "Barrierefreies Planen und Bauen" organisatorisch beim Büro des Behindertenbeauftragten anzugliedern, sind die dort bestehenden Personalkapazitäten der Büroleitung in E 11 von derzeit 0,75 um 0,25 VZÄ auf eine Vollzeitstelle aufzustocken. Zusätzlich ist zur verwaltungsseitigen Unterstützung der Geschäftsführung die im Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK vorhandene halbe Stelle der Zuschusssachbearbeitung in E 9 um 6 Wochenstunden aufzustocken.

#### **4.1 Mittelbereitstellung und Mittelumschichtung bei freien Trägern**

Wie bereits im Punkt 3.3 dargestellt, ist die Beratungsstelle Wohnen des Vereins Stadtteilarbeit seit 25 Jahren im Bereich der Wohnberatung und Wohnungsanpassung tätig. Die mit den bisherigen Zuschussmitteln finanzierte Personalkapazität kann die steigende Nachfrage und den bestehenden Beratungsbedarf nicht mehr ausreichend decken.

Seit 2009 konnten die Fallzahlen der Wohnungsanpassungsberatungen verdoppelt werden, ohne dass in diesem Bereich eine Personalaufstockung erfolgt ist (297 Beratungen im Jahr 2009, 465 Beratungen in 2011 und 619 Beratungen in 2013). Zudem sind zusätzliche Anfragen zu erwarten, da bei Wohnungen künftig Regressansprüche an den Bauherrn oder Eigentümer geltend gemacht werden können, wenn die Wohnung als barrierefrei angeboten wird, die Kriterien aber nicht erfüllt sind. Hier kann die Beratungsstelle Wohnen beratend tätig werden, um die Einhaltung von Normen und Vorschriften zur Barrierefreiheit der Wohnung festzustellen und ggf. Empfehlungen für notwendige Nachbesserungen geben.

Im Haushalt 2014 sind für die Beratungsstelle Wohnen des Vereins Stadtteilarbeit e.V. Zuschussmittel in Höhe von 303.275 Euro (Produkt 60 5.4.2, Produktleistung 6, derzeit lfd. Nr. 58 der Zuschussnehmerdatei) vorgesehen. Der Verein Stadtteilarbeit hat für den gestiegenen Beratungsbedarf und zur Ausweitung von Projekten zum barrierefreien Wohnen eine Zuschusserhöhung um 117.950 Euro beantragt. Gerade im Bereich der Wohnungsanpassung ist in der Regel sofortiges Handeln erforderlich, damit der Verbleib und die Versorgung und Pflege in der angestammten Wohnung ermöglicht werden kann. Um Wartezeiten der betroffenen älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen nicht unzumutbar zu verlängern, ist eine Stellenausweitung für die Beratung und Begleitung von Umbaumaßnahmen mit einer

Zuschusserhöhung um 62.350 Euro jährlich erforderlich.

Des Weiteren ist es notwendig, dass der Verein Stadtteilarbeit die Beratungsstelle Wohnen um den Arbeitsschwerpunkt „Projektentwicklung und Projektsteuerung“ erweitert. Die gezielte Projektarbeit entlastet durch die umfangreiche Informationsverbreitung über eine Vielzahl von Multiplikatoren langfristig die Einzelfallberatung im Bereich der Wohnungsanpassung. Dies wird am Beispiel der Projektarbeit der Beratungsstelle Wohnen zur Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen für Einfamilienhäuser deutlich. Hierbei konnten Standards und Hinweise von übertragbaren Maßnahmen entwickelt werden, die z.B. auch über die Münchner Eigenheimer Vereine als gut umzusetzende Beispiele aufgenommen und weiter verbreitet werden. Fortbildung und Multiplikatorenschulung und eine Reihe bereits laufender Projekte, Modellvorhaben und Programme erfordern eine umfangreiche Koordinierung um deren Wirkung zu erhalten und nachhaltig zu verstärken. Ferner ist es erforderlich, diese besser zu vernetzen, Synergien zu schaffen sowie neue Ressourcen zu akquirieren. Der Verein Stadtteilarbeit hat hierzu ein Konzept vorgelegt und für die erforderlichen Aufgaben einen zusätzlichen jährlichen Zuschussbedarf in Höhe von 55.600 Euro beantragt.

Gleichzeitig werden die bislang an die Beratungsstelle ausgereichten Zuschussmittel in Höhe von 62.948 Euro für die Architekten-Beratung zum Thema barrierefreies Planen und Bauen (Produkt 60 5.4.2, Produktleistung 6, derzeit lfd. Nr. 59 der Zuschussnehmerdatei) frei, da die vom Verein Stadtteilarbeit dafür ursprünglich eingerichtete Architektenstelle vakant ist und nicht mehr nachbesetzt wird und die Beratungstätigkeit zukünftig durch die Bayerische Architektenkammer erfolgt.

Insgesamt ist somit für die struktursichernden Maßnahmen beim Verein Stadtteilarbeit e.V. eine Zuschussausweitung um 55.000 Euro vorgesehen.

#### **4.2 Zusätzliche Stellen in der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“**

Für die konzeptionelle (Weiter-)Entwicklung, Implementierung und Verwaltung innovativer Konzepte des Wohnens im Alter werden neben den beiden bereits vorhandenen Stellen für „Versorgung im Viertel“ zusätzlich drei Personalstellen in der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ benötigt:

- 1 Stelle Leitung – Entgeltgruppe E 13 bzw. Bes.Gr. A/13
- 1 Stelle Fachkraft – Entgeltgruppe S 17 / E 11 bzw. Bes. Gr. A 12  
befristet auf 3 Jahre ab Besetzung
- 1 Stelle Verwaltung – Entgeltgruppe E 9 bzw. Bes. Gr. A/10

**Die Aufgaben der Leitungsstelle** umfassen schwerpunktmäßig zunächst den Aufbau der Unterabteilung und im Folgenden die Sicherstellung der Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung folgender Themen:

- Bestandserhebung vorhandener Angebote im Bereich Wohnen im Alter

- Bedarfsfeststellung
- Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts zur künftigen Entwicklung zeitgemäßer Wohnformen im Alter
- Enge Vernetzung mit dem Amt für Wohnen und Migration und der Wohnungsgewerkschaft
- Abstimmung mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Hinblick auf neue Bauquartiere, z.B. bei der Schaffung innovativer Quartierskonzepte und der Entwicklung zeitgemäßer Wohnformen
- Enge Kooperation mit der Sozialplanung bei der Überplanung von Sanierungsgebieten und Neubauplanungen zur Berücksichtigung zeitgemäßer Wohnformen im Alter
- Beteiligung bei der Weiterentwicklung der internetzugänglichen Wohnungsplattform zur Vergabe von gefördertem und freifinanziertem Wohnraum mit Beiträgen zur Implementierung seniorenrelevanter Kriterien
- Anleitung zur Schaffung innovativer (Quartiers-)Konzepte des Wohnens im Alter
- Weiterentwicklung und Implementierung von bestehenden und neuen Konzepten zum variablen Einsatz von Betreuung und Pflege in Wohnformen wie Altenwohnanlagen, Integriertem Wohnen, Wohngruppen, Mehr-Generationenwohnanlagen, Siedlungen mit hohem Anteil hochaltriger Menschen wie „Alte Heimat“, Siedlung an der Mitterfeldstrasse, Siedlung am Rose-Pichler-Weg oder am Ludwigsfeld, Wohnraum für Hilfe u.a.
- Veranlassung aller Maßnahmen über die Sozialplanung zur Schaffung einer künftig ausreichenden Anzahl bezahlbarer, geeigneter Wohnungen bzw. Wohnformen für Seniorinnen und Senioren bei (Siedlungs-)Neubaumaßnahmen oder Sanierungen im Münchner Wohnungsbestand.

Die **neue Fachkraftstelle** hat den Aufgabenschwerpunkt:

- Beratung, Sicherung, Weiterentwicklung und fachliche Steuerung von Zuschussprojekten (wie z.B. die Betreuung der Altenwohnanlagen) der Produktleistung „zeitgemäße Wohnformen im Alter“
- fachliche Steuerung von Zuschussprojekten für Wohnberatung und Wohnungsanpassungsmaßnahmen
- Weiterentwicklung von Quartier-Konzepten
- Begleitung und Weiterentwicklung von altersübergreifenden Konzepten wie „Mehrgenerationenwohnen am Reinmarplatz“, IWO u.a.
- Entwicklung von Angeboten, die den variablen Einsatz von Leistungen, entsprechend des persönlichen Hilfe- und Pflegebedarfs älterer Menschen in deren Wohnung oder seniorenspezifischen Wohnform, ermöglichen.
- Enge Kooperation mit allen Anbietern, die Aktivierung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Versorgung und Pflege im jeweiligen Quartier anbieten.
- Kontakte mit Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften
- Kontakt und Beratung von Initiativen zur Gründung neuer Senioren-Wohnmodelle

Diese Fachstelle ist zunächst befristet auf 3 Jahre ab Besetzung. Die zur Finanzierung dieser befristeten Stelle erforderlichen Mittel sind im Budget des Sozialreferats vorhanden. Dem Stadtrat wird in 3 Jahren hierzu berichtet und eine mögliche Stellenverlängerung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die neue **Verwaltungsstelle** ist im Wesentlichen mit Zuschusssachbearbeitung beauftragt:

- Sachbearbeitung für Zuschüsse an freie Träger (z.B. Betreuung der Altenwohnanlagen, Wohnprojekte, Wohnungsanpassung u.a.) für Projekte im Bereich Wohnen im Alter
  - Budgetverwaltung, -aufstellung für ZND und ZIMAS sowie Abrechnung für diese Zuschussprojekte
  - Zuschuss- und Verwendungsnachweisprüfungen und Erteilen von Bescheiden
  - Ausfertigen und Umsetzung von Verträgen und Vertragsanlagen bzw. neuen (Ziel-)Vereinbarungen mit Zuschussnehmern sowie Vollzug aller Änderungen der Zuschussrichtlinien bzw. des Zuschussverfahrens
  - Beratung der Einrichtungen bzw. Zuschussnehmer bei Neuansträgen für Projekte im Bereich Wohnen für Ältere
  - Erarbeiten von Beiträgen zu Beschlussvorlagen und Stellungnahmen
  - selbständige Korrespondenz mit Zuschussnehmern und anderen Dienststellen
- Arbeits- und Stellenkapazitäten von bestehenden Stellen im Sozialreferat auf diese Stellen zu übertragen ist nicht möglich, da sich der Arbeitsanfall erhöhen wird, Zuschussausweitungen und neue (Quartiers-)Projekte hinzu kommen und dies ohne die Ausstattung mit drei weiteren Stellen in einer Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ nicht leistbar ist.

#### **4.3 Mittel für Anschubfinanzierung, Mittelumschichtung und -bereitstellung**

Um zeitgemäße Wohnformen Älterer weiter zu entwickeln, wird im Produkt 60 5.4.2 die bisherige Produktleistung 6 „Hilfen zum barrierefreien Leben“ um entsprechende Angebote erweitert und zu einer neuen Produktleistung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ weiter entwickelt. Hierzu wird es budgetneutrale Änderungen in den Produktleistungen der Produkte 60 5.4.1 "Angebote der Beratung, Unterstützung, Begegnung und Kommunikation" und 60 5.4.2 "Förderung von Bildung, Aktivitäten und Engagement behinderter und älterer Menschen" bei denjenigen Projekten geben, die mit ihrem Leistungsangebot überwiegend Unterstützungsangebote für ältere Menschen in der unmittelbaren Wohnanlage oder Wohnsiedlung umfassen. Die neue Produktleistung "Zeitgemäße Wohnformen im Alter" wird damit künftig zusammen mit der Beratungsstelle Wohnen des Vereins Stadtteilarbeit 19 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 1.659.365 Euro umfassen. Ergänzend sollen für Anschubfinanzierung oder Aufstockung von notwendigen, dem Bedarf entsprechenden Senioren-Wohnformen ab dem Haushalt 2015 Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro



Jahr bereitgestellt werden. Dieser Betrag kann zum großen Teil durch Mittelum-schichtung finanziert werden. Hierzu werden aus Produkt 60 5.4.2, Produktleistung 1, lfd. Nr. 28 der Zuschussnehmerdatei 60.000 Euro übertragen. Der Differenzbetrag von 40.000 Euro ist zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Dieser Betrag ist notwendig, um für neue Projekte, z.B. bürgerschaftlich initiierte Wohn- und Versorgungsformen, befristete Anschubfinanzierungen zeitnah übernehmen zu können. Im Rahmen der Bestandsanalyse, Bedarfsfeststellung und Entwicklung eines Konzepts für zeitgemäße Wohnformen im Alter sind zudem Kosten z.B. für Moderatorinnen und Moderatoren, Fachtage und Workshops einzuplanen.

Die neue Produktbeschreibung zu Produkt 60 5.4.2 sowie die entsprechend überar-beitete Förderliste zur Zuschussnehmerdatei werden im Rahmen der Haushaltsbera-tungen vorgelegt.

#### **4.4 Aufstockung der Kapazitäten im Büro des Behindertenbeauftragten / Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK zur Geschäftsführung des städtischen Beraterkreises "Barrierefreies Planen und Bauen"**

Zwar wurde in der Beschlussvorlage zum Aktionsplan der UN-Behindertenrechtskon-vention (UN-BRK) (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12112) der städtische Beraterkreis "Barrierefreies Planen und Bauen" beim Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK angebunden. Im Laufe des letzten Jahres wurde im Beraterkreis intensiv disku-tiert. Aufgrund der, sich in vielen Teilbereichen überschneidenden Aufgaben, insbe-sondere bei der Prüfung von Bauleitplänen und den Umbauten von Gebäuden wurde es von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Städtischen Beraterkreises als sinnvoller angesehen, die Geschäftsführung des Beraterkreises beim Büro des Be-hindertenbeauftragten anzubinden. Die dann dort verortete Geschäftsführung wird durch das Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK im Rahmen der Verwal-tungstätigkeiten (z.B. Abrechnung von Fortbildungen, Bearbeitung von Zuschussan-trägen, Beantwortung routinemäßiger Anfragen) unterstützt. Die für das Büro des Be-hindertenbeauftragten und das Koordinierungsbüro vorgesehenen

Personalkapazitäten werden aber für diese Aufgabenerfüllung – die sich im Zusam-menspiel mit den Aufgaben des Behindertenbeauftragten sicher noch intensivieren werden – nicht ausreichen. Es ist daher notwendig, die Stellenkapazität für die Büro-leitung des Behindertenbeauftragten von derzeit 0,75 VZÄ in Entgeltgruppe E 11 (Stellennummer V 417393) zusätzlich um 0,25 VZÄ auf eine Vollzeitstelle aufzustoc-ken. Ebenso ist es erforderlich, die im Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK vorhandene und mit 20 Wochenstunden dotierte Stelle Zuschuss-sachbearbei-tung in E 9 (Stellennummer V 417284) mit 6 Wochenstunden (entspricht 0,15 VZÄ) aufzustocken.

## **5. Finanzierung, Produkt 60 5.4.2 Förderung von Bildung, Aktivitäten und Engagement behinderter und älterer Menschen**

Der Verein Stadtteilarbeit hat, wie unter Ziffer 4.1 beschrieben, eine Zuschusserhöhung um 117.950 Euro beantragt. Durch Einsatz innerhalb des Produkts frei werden der Zuschussmittel in Höhe von rund 62.950 Euro ergibt sich ein zusätzlicher Zuschussbedarf in Höhe von 55.000 Euro. Ergänzend sollen für Anschubfinanzierung oder Aufstockung von notwendigen Senioren-Wohnformen (Ziffer 4.3) Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr bereitgestellt werden, die in Höhe von 60.000 Euro durch Mittelumschichtung aus Produkt 60 5.4.1 gedeckt sind. In der Summe ergibt sich somit ein ungedeckter Zuschussbedarf in Höhe von 95.000 Euro, der aus dem Finanzmittelbestand ab dem Haushaltsjahr 2015 bereitzustellen ist.

Für den Ausbau der Unterabteilung "Zeitgemäße Wohnformen im Alter" – beschrieben unter Ziffer 4.2 – werden eine Leitungsstelle in Entgeltgruppe E 13 bzw. Bes.Gr. A 13 (Jahresmittelbetrag E 13: 85.850 Euro) und eine Verwaltungsstelle in E 9 bzw. Bes. Gr. A 10 (Jahresmittelbetrag E 9: 63.500 Euro) dauerhaft sowie eine Fachkraftstelle in Entgeltgruppe S 17 / E 11 bzw. Bes. Gr. A 12 (Jahresmittelbetrag E 11: 78.470 Euro) befristet für drei Jahre ab Besetzung benötigt.

Für die Anbindung des städtischen Beraterkreises "Barrierefreies Planen und Bauen" im Büro des Behindertenbeauftragten ist dauerhaft die Aufstockung der dort bereits vorhandenen Büroleitungsstelle in E 11 um 0,25 VZÄ (anteiliger Jahresmittelbetrag E 11: 19.618 Euro) bzw. der im Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK vorhandenen halben Stelle für Zuschusssachbearbeitung in E 9 um 0,15 VZÄ (anteiliger Jahresmittelbetrag E 9: 9.525 Euro) erforderlich.

Somit fallen dauerhaft zusätzliche Personalkosten in Höhe von 178.493 Euro an, die aus dem Finanzmittelbestand ab Besetzung bzw. Aufstockung der Stellen zu finanzieren sind. Die befristet (3 Jahre ab Besetzung) anfallenden Personalkosten für die Fachkraftstelle können aus vorhandenen Mitteln des Referatsbudgets finanziert werden.

Zusätzlich fallen für die neu zu schaffenden Stellen und die Aufstockung der vorhandenen Stellen (insgesamt 3,4 VZÄ) ab Besetzung einmalige und dauerhafte Sachkosten in Höhe von pauschal 2.370 Euro bzw. 800 Euro je Vollzeitstelle an. Die Finanzierung erfolgt analog der Finanzierung der Personalkosten, so dass einmalig 5.688 Euro und dauerhaft 1.920 Euro aus dem Finanzmittelbestand bereitgestellt werden müssen.

Durch diese Maßnahmen verändert sich das Produktbudget von Produkt 60 5.4.2 "Förderung von Bildung, Aktivitäten und Engagement behinderter und älterer Menschen" um bis zu 436.647 Euro, die sich im Einzelnen wie folgt zusammensetzen:

	insgesamt	aus dem Finanzmittel- bestand	aus dem Referatsbudget
Zuschuss Verein Stadtteilarbeit (Punkt 3 des Antrags der Referentin)	55.000 €	55.000 €	0 €
Anschubfinanzierung (Punkt 4 des Antrags der Referentin)	100.000 €	40.000 €	60.000 €
Ausbau Unterabteilung "Zeitgemäße Wohnformen im Alter" (Punkt 5 des Antrags der Referentin)			
- Personalkosten	227.820 €	149.350 €	78.470 €
- IT- und Sachkosten (dauerhaft)	14.670 €	9.780 €	4.890 €
- Sachkosten einmalig	7.110 €	4.740 €	2.370 €
<b>Gesamt</b>	<b>249.600 €</b>	<b>163.870 €</b>	<b>85.730 €</b>
Anbindung des städtischen Beraterkreises "Barrierefreies Planen und Bauen" (Punkt 6 des Antrags der Referentin)			
- Personalkosten	29.143 €	29.143 €	0 €
- IT- und Sachkosten (dauerhaft)	1.956 €	1.956 €	0 €
- Sachkosten einmalig	948 €	948 €	0 €
<b>Gesamt</b>	<b>32.047 €</b>	<b>32.047 €</b>	<b>0 €</b>
<b>Summe</b>	<b>436.647 €</b>	<b>290.917 €</b>	<b>145.730 €</b>

Die tatsächliche Budgetveränderung in den einzelnen Haushaltsjahren liegt zum Teil deutlich unter den oben aufgeführten Beträgen, da diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten haushaltsrelevant und zahlungswirksam werden. So fallen Personal- und Sachkosten ab Stellenbesetzung an, die Aufstockung der Zuschussmittel erst ab dem Haushaltsjahr 2015.

Damit ergibt sich für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt eine Budgetausweitung von maximal 281.647 Euro (davon 186.101 Euro aus dem Finanzmittelbestand) und ab dem Jahr 2015 von maximal 436.647 Euro (davon 281.101 Euro aus dem Finanzmittelbestand).

## 6. Kosten

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten *</b>	275.413 € ab 2014/2015	5.688 € in 2014/2015	**
davon:			
Personalauszahlungen	178.493 € ab 2014		
Sachauszahlungen***	1.920 € ab 2015	5.688 € in 2014/2015	
Transferauszahlungen	95.000 € ab 2015		
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente städtisch:	2,4	0	
neue Stellen Träger (VZÄ):			
Nachrichtlich Investition			

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten und Rückstellungen u. a. für Pensionen) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entstehen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 50 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\* Die aus vorhandenen Mitteln des Referatsbudgets befristet finanzierten Personal- und Sachkosten (siehe Ausführungen unter Ziffer 5) werden hier nicht dargestellt.

\*\*\*ohne IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtrags Haushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelebereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

## 7. Nutzen

Es ergibt sich ein Nutzen, der nicht durch Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden kann: Die Zusammenführung der Aufgaben in der Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ mit Erweiterung der vorhandenen Personalstellen und eine Erhöhung des Zuschusses an freie Träger für Wohnprojekte und Wohnberatung bringt den Nutzen bedarfsgerechte und geeignete Senioren-Wohnungen mit entsprechenden zeitgemäßen Versorgungskonzepten zu erhalten, weiterzuentwickeln bzw. neue in ausreichender Anzahl bereitstellen zu können. Es ist notwendig, hierzu eine eigene fachliche Einheit zu bilden, die in enger Kooperation mit allen Beteiligten das Thema geeignete (barrierefreie) Wohnungen und Verbindung mit Versorgungsangeboten im Bestand erhält, an Bedarfe anpasst, neue plant, umsetzt und koordiniert.

## 8. Eilbedürftigkeit

Eilbedürftigkeit ist gegeben, da ohne die rechtzeitige Einrichtung der benötigten Stellen bzw. der Stellenausweitungen eine zeitnahe Besetzung nicht möglich ist und damit ein zeitnaher Beginn der konzeptionellen (Weiter-)Entwicklung, Implementierung und Verwaltung innovativer Wohnkonzepte bzw. die erforderliche zeitnahe Anbindung und Weiterentwicklung des städtischen Beraterkreises „Barrierefreies Planen und Bauen“ beim Büro des Behindertenbeauftragten im Sinne des Inklusionsgedankens in nicht vertretbarem Maße verzögert würde.

## Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und der Stadtkämmerei abgestimmt.

Das Personal- und Organisationsreferat nimmt zur Beschlussvorlage wie folgt Stellung: „Das Personal- und Organisationsreferat **stimmt vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig in diesem Zusammenhang geltend gemachten Stellenkapazitäten – **allerdings nur hinsichtlich der Leitungsstelle** für den Bereich „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ und **der auf drei Jahre befristeten Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft** gemäß Antragsziffern 5 und 7 (erste zwei Anstriche) sowie der mit dem Thema „Barrierefreies Planen und Bauen“ im Zusammenhang stehenden Stellenkapazitäten im Bereich **Geschäftsführung Behindertenbeauftragter (0,25 VZÄ)** und **Zuschussbearbeitung (0,15 VZÄ)** gemäß Antragsziffern 6 und 7 (Anstriche vier und fünf) – der Beschlussvorlage zu.

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt **Einwände** gegen den in der Beschlussvorlage geltend gemachten weiteren Bedarf an einer Stelle für eine/n **Zuschussbearbeiter/in** im i. R. e. internen Umorganisation neu zu bildenden Arbeitsbereich „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“.

Dieser Bedarf erschließt sich mit Blick auf die Ausführungen im Beschlussvortrag nicht: Wenn von einer Erhöhung des Arbeitsanfalls und hinzu kommenden Projekten (vgl. Beschlussvortrag, Seite 23, Absatz 1) die Rede ist, kann unterstellt werden, dass es im betroffenen Aufgabenbereich bereits bislang auch schon zu betreuende Zuschussprojekte gibt, für die Stellenkapazitäten vorhanden sein müssten. Bei einer internen Umorganisation im Amt für Soziale Sicherung müsste dies u. E. berücksichtigt werden. Darüber hinaus gehende Mehrbedarfe, z.B. durch Fallzahlsteigerungen, bedürften einer konkreteren, nachvollziehbaren Darstellung.

Die **Antragsziffern 5 und 7** sind **anzupassen**.

Die Aussagen zum Stellenbedarf mit Blick auf die Unterstützung der Arbeit des Beraterkreises „Barrierefreies Planen und Bauen“ (**+ 0,25 VZÄ im Bereich der Geschäftsstellenleitung des Behindertenbeauftragten, + 6 Wo.std. Zuschusssachbearbeitung**) unter Ziffer 4.4 des Beschlussvortrags (vgl. Seite 23 f.) sind äußerst kurz gehalten, wurden jedoch auf Nachfrage hin gegenüber P 2.23 nachvollziehbar dargestellt.

Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die im Beschluss getroffene Aussage „Entsprechend der Beschlussvorlage zum Aktionsplan der UN-Behindertenrechtskonvention (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12112) ist es sinnvoll, den städtischen Beraterkreis „Barrierefreies Planen und Bauen“ fachlich und organisatorisch im Büro des Behindertenbeauftragten anzubinden ...“ nicht den Ausführungen des genannten Beschlusses entspricht. Dort wurde vielmehr der Beraterkreis thematisch explizit dem UN-BRK-Koordinierungsbüro zugeordnet und insbesondere auch dessen Geschäftsführung dort angesiedelt. Diese obliegt bislang dem Inhaber der Stelle Nr. V240041. Die Textpassage unter Ziffer 4.4 des Beschlussvortrags ist entsprechend zu ändern.

Es wird abschließend darauf aufmerksam gemacht, dass mangels vorliegender Arbeitsplatzbeschreibungen P 2.23 derzeit keine abschließende Aussage zur Bewertung der neu einzurichtenden Stellen treffen kann und deshalb die Aussagen im Beschluss diesbezüglich unter Vorbehalt zu betrachten sind.“

Zur Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats vom 11.08.2014 erwidert das Sozialreferat Folgendes:

1. Die Anregung zur Änderung der Textpassage unter Ziffer 4.4 der Beschlussvorlage (Anbindung des städtischen Beraterkreises „Barrierefreies Planen und Bauen“ an das Büro des Behindertenbeauftragten) wurde aufgegriffen und entsprechend umgesetzt.
2. Im Übrigen hält das Sozialreferat an seinen ursprünglichen Formulierungen und Anträgen der Referentin fest (Feststellung des Bedarfs an einer Stelle für eine/n Zuschusssachbearbeiter/in im neu zu bildenden Arbeitsbereich „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“) und begründet dies wie folgt:

Wie bereits in Ziffer 4.2 der Beschlussvorlage dargestellt, wird die zusätzliche Verwaltungsstelle für die Zuschusssachbearbeitung benötigt, da sich der Arbeitsanfall erhöhen wird und es daher nicht möglich ist, Arbeits- und Stellenkapazitäten von bestehenden Stellen im Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, Abteilung Kommunale Altenhilfe, entsprechend zu übertragen.

Diese Erhöhung des Arbeitsanfalls ergibt sich sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht:

Zum einen wird im vorliegenden Beschluss das Zuschussvolumen rund um das Thema Wohnen im Alter inklusive Wohnungsanpassung um 95.000 € pro Jahr ausgeweitet.

Damit werden neben den bisher in diesem Themenspektrum geförderten 20 Projekten weitere Projekte in die Regelförderung aufgenommen werden.

Zuzugestehen ist der Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats, dass die Zuschusssachbearbeitung für diese 20 Projekte auch schon bisher mit bestehendem Personal geleistet wurde. Dies geschah in der Unterabteilung S-I-A2 („Begegnung, Beratung und Unterstützung für ältere Menschen“) durch verschiedene Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Angesichts der Komplexität der Fördermöglichkeiten und Förderwege rund um das Thema „Wohnen im Alter“, insbesondere der dafür notwendigen engen Abstimmungen mit dem Amt für Wohnen und Migration sowie dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, ist es an dieser Stelle notwendig, eine Expertin bzw. einen Experten in der Zuschusssachbearbeitung in der Unterabteilung S-I-A3 („Zeitgemäße Wohnformen im Alter“) zu verankern, die bzw. der sich das für dieses Thema notwendige Spezialwissen entsprechend aneignet.

Da somit vor allem in qualitativer Hinsicht die Steuerungstiefe der Zuschusssachbearbeitung zum Thema „Wohnen im Alter“ erheblich zunehmen wird, kann diese Aufgabe nicht mehr von der Unterabteilung S-I-A2 mit übernommen werden.

Zudem kommen auf diese Unterabteilung in der Zuschusssachbearbeitung neue Herausforderungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu. Denn bereits im Oktober wird dem Stadtrat unter dem Titel „Gesamtkonzept Münchner Altenhilfe - Neue Herausforderungen und Bedarfe älterer Menschen analysieren, eine gesamtstädtische Strategie für die offene Altenhilfe in München entwickeln und wichtige Angebote wie z.B. die Präventiven Hausbesuche verankern“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01139) vorgeschlagen, sieben Alten- und Service-Zentren (ASZ) ab 01.03.2015 zu *ASZplus* weiterzuentwickeln. Dies bedeutet eine Erhöhung des Zuschussbudgets um ca. 720.000,- € in der Unterabteilung S-I-A2 sowie eine Vielzahl an neuen Steuerungsaufgaben, da von den *ASZplus* neue Leistungen wie zum Beispiel eine Ausweitung der zugehenden Arbeit, insbesondere durch Verankerung der Präventiven Hausbesuche, zu erbringen sind. Auch vor diesem Hintergrund ist die Schaffung einer eigenen und spezialisierten Verwaltungsstelle für die Zuschusssachbearbeitung zum Thema „Wohnen im Alter“ in der Unterabteilung S-I-A3 notwendig.

Ferner sei angemerkt, dass im Vergleich zum Stadtjugendamt sowie zum Amt für Wohnen und Migration im Amt für Soziale Sicherung die Zuschusssachbearbeitung personell am schlechtesten ausgestattet ist und gem. referatsinterner Vorgaben hinsichtlich der Anzahl der Projekte pro Stelle in der Zuschusssachbearbeitung hier eine Stellenzuschaltung im Amt für Soziale Sicherung, Abteilung Kommunale Altenhilfe, zu rechtfertigen ist.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Demirel, der Stadtkämmerei, dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeirat, dem Behindertenbeauftragten, dem Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK, der Frauengleichstellungsstelle, der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Personal- und Organisationsreferat, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sowie dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Von der Darstellung der Münchner Situation zum Seniorenwohnen auf der Basis der Erhebungen der Pestel Studie des Verbändebündnisses „Wohnen 65PLUS“ wird Kenntnis genommen.
2. Im Sozialreferat wird auf der Basis der bestehenden Projekte eine Bestandsanalyse, Bedarfsfeststellung und ein Konzept für zeitgemäße Wohnformen im Alter erarbeitet. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass perspektivisch eine ausreichende Anzahl bezahlbarer, geeigneter Wohnungen bzw. Wohnformen für Seniorinnen und Senioren bei (Siedlungs-)Neubaumaßnahmen oder Sanierungen im Münchner Wohnungsbestand in entsprechendem Umfang eingeplant werden. Die relevanten Aspekte des „Konzeptes für zeitgemäße Wohnformen im Alter“ werden mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung abgestimmt. Dies gilt insbesondere für Fragen der Wohnraumförderung und für Anforderungen an Grundstücksausschreibungen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes werden die Ergebnisse der Studie „Älter werden in München“ berücksichtigt.
3. Für den gestiegenen Beratungsbedarf und zur notwendigen Ausweitung von Projekten zum barrierefreien Wohnen ist der jährliche Zuschuss an die Beratungsstelle Wohnen des Vereins Stadtteilarbeit e.V. um jährlich 117.950 Euro zu erhöhen. Das Sozialreferat wird beauftragt, die hierzu zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 55.000 Euro im Wege der Haushaltsaufstellung 2015 anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60 5.4.2 erhöht sich dadurch ab 2015 um 55.000 Euro, der Betrag ist in voller Höhe zahlungswirksam.
4. Der bedarfsgerechten Umgestaltung der Produktleistung 60 5.4.2.6 „Hilfen zum barrierefreien Leben“ zu „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ mit derzeit 20 Projekten wird zugestimmt. Zur Anschubfinanzierung und Förderung innovativer Konzepte des Seniorenwohnens und von Maßnahmen im Rahmen der Versorgung im Viertel wird ein Betrag von 100.000 Euro bereitgestellt. Das Sozialreferat wird beauftragt, die hierfür zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 40.000 Euro im Wege der Haushaltsaufstellung 2015 anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60 5.4.2 erhöht sich dadurch ab 2015 um 100.000 Euro. Der Betrag ist in voller Höhe zahlungswirksam.



5. Dem bedarfsgerechten Ausbau der Stellen in der Abteilung „Kommunale Altenhilfe“ für die Unterabteilung „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ S-I-A 3 wird zugestimmt. Das Produktkostenbudget des Produkts 60 5.4.2 erhöht sich ab Stellenbesetzung insgesamt um maximal 249.600 Euro (davon bis zu 163.870 Euro aus dem Finanzmittelbestand). Der Betrag ist in voller Höhe zahlungswirksam.
6. Der Anbindung des Beraterkreises „Barrierefreies Planen und Bauen“ beim Büro des Behindertenbeauftragten und der damit verbundenen Aufstockung der Stelle der Büroleitung im Büro des Behindertenbeauftragten um 0,25 VZÄ und der halben Stelle Zuschusssachbearbeitung im Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention um 6 Wochenstunden bzw. 0,15 VZÄ wird zugestimmt. Das Produktkostenbudget des Produkts 60 5.4.2 erhöht sich ab Stellenbesetzung insgesamt um maximal 32.047 Euro. Der Betrag ist in voller Höhe zahlungswirksam.

## 7. Personalkosten

Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Sozialreferat

- die zusätzlich erforderlichen 3 Stellen für die Unterabteilung S-I-A 3 „Zeitgemäße Wohnformen im Alter“ für
  - 1 Stelle für die Leitung der Unterabteilung und Entwicklung und Umsetzung neuer Wohnformen im Alter
  - 1 Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft zunächst befristet auf 3 Jahre ab Besetzung und
  - 1 Stelle für die Zuschuss-Sachbearbeitung
- die Aufstockung der bereits bestehenden 0,75 VZÄ Büroleitung im Büro des Behindertenbeauftragten (Stellennummer V 417393) um 0,25 VZÄ
- die Aufstockung der bereits bestehenden 0,5 VZÄ Zuschusssachbearbeitung im Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Stellennummer V 417284) um 0,15 VZÄ

einzurichten und die Stellenbesetzung in die Wege zu leiten.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. bis zu 178.493 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich SO 20104 Unterabschnitt 4015 anzumelden.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die befristet (3 Jahre ab Besetzung) erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. bis zu 78.470 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung aus dem Referatsbudget (Finanzposition X325.SOZ.ALLG) zu decken.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung der Stelle mit einer Beamtin bzw. einem Beamten durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand (50 % des Jahresmittelbetrags).

#### **8. Sachkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2014 einmalig erforderlichen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von maximal 5.688 Euro auf dem Büroweg bei der Stadtkämmerei HA II zu beantragen (Finanzposition 4015.935.9330.4) und die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.920 Euro im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 ff. zusätzlich anzumelden (Finanzposition 4015.650.0000.7).

9. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04458 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 16.07.2013 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
10. Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Finanzierungsmoratorium, weil ohne rechtzeitige Stelleneinrichtung und -besetzung eine nicht vertretbare Verzögerung bei der konzeptionellen (Weiter-)Entwicklung, Implementierung und Verwaltung innovativer Wohnkonzepte eintreten würde. Ohne die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen ist die dringend angezeigte Anbindung des städtischen Beraterkreises „Barrierefreies Planen und Bauen“ an das Büro des Behindertenbeauftragten nur mit enormer Verzögerung zu bewerkstelligen.
11. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

### **III. Beschluss**

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl  
Bürgermeisterin

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/11**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/12**  
**an das Revisionsamt**  
z.K.

**V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-Z-SP/RSP**  
**An das Sozialreferat, S-I**  
**An das Sozialreferat, S-III**  
**An das Sozialreferat, S-Z-F (2x)**  
**An das Sozialreferat, S-Z-P/LG (2x)**  
**An das Personal- und Organisationsreferat**  
**An das Kommunalreferat**  
**An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung**  
**An die Frauengleichstellungsstelle**  
**An die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege**  
**An den Seniorenbeirat**  
**An den Behindertenbeauftragten**  
**An den Behindertenbeirat**  
z. K.

Am

I.A.